

F a k t e n u n d A r g u m e n t e



*Frank Steffel:
Wir brauchen neue
Arbeitsplätze durch
eine zukunftsorien-
tierte Wirtschafts-
politik. Weder die
rot-grüne Bundes-
regierung noch
der SPD-geführte
Übergangssenat in
Berlin haben
schlagkräftige
Konzepte gegen
die Krise auf dem
Arbeitsmarkt.
(Seite 14)*

Foto: dpa

11. Jahrestag der Deutschen Einheit

„Jahrzehntelang hat die CDU zur Deutschen Einheit gestanden, die nach 28 Jahren unmenschlicher Teilung unseres Landes endlich Wirklichkeit geworden ist. Diese historische Erfahrung kann uns keiner nehmen.“

Vor rund 3000 Gästen am Wittenbergplatz in Berlin dankte die Parteivorsitzende Angela Merkel mit diesen Worten all denen, die zu dem großen Erfolg entscheidend beigetragen haben: vor allen anderen Helmut Kohl und dem damaligen amerikanischen Präsidenten George Bush. Unter großem Beifall der Alt-Bundeskanzler – auch im Blick auf die Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober: „Berlin muss zeigen, dass sich die Deutschen aufgemacht haben, Werke des Friedens zu tun, und den damaligen Feinden der Freiheit eine Regierungsbeteiligung unmöglich machen.“

Angela Merkel:
Der Kreis der inhaltlichen
Erneuerung der CDU



schließt sich. Wir
sind auf den Bundes-
wahlkampf im nächsten
Jahr gut vorbereitet.

(Seite 2-9)

Angela Merkel: Der Kreis der inhaltlichen Erneuerung der CDU schließt sich

358 Tage vor der Bundestagswahl zeigen die Vorbereitungen der CDU auf den Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr: Die Opposition von heute schickt sich an, wieder Regierung zu werden.

Angela Merkel auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Generalsekretär Laurenz Meyer nach Beratungen von Präsidium und Bundesvorstand im Konrad-Adenauer-Haus am 1. Oktober: ■ „Was wir uns nach der Bundestagswahl 1998 vorgenommen haben, wurde umgesetzt. ■ Was wir angefangen haben, ist zu Ende gebracht worden. ■ Die Arbeit der Partei-Kommissionen wird zusammengeführt. ■ Der Kreis der inhaltlichen Erneuerung der CDU schließt sich.“

Ausdruck dieser Positionierung: der Leitantrag des Bundesvorstands an den 14. Parteitag vom 2. bis 4. De-

zember in Dresden. Er ist von den beiden Führungsgremien der CDU abschließend beraten worden und wird ab sofort der Partei und allen ihren Gliederungen zur Diskussion gestellt. Zehn Regionalkonferenzen sind dafür vorgesehen – die erste am 17. Oktober in Kassel, die letzte am 24. November in Karlsruhe.

Mit dem Beschluss des Antrags in Dresden werden drei Jahre intensiver Arbeit in eine programmatische Standortbestimmung der

CDU münden und in das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl.

„Nicht ohne Stolz“, wie sie sagt, hat die Parteivorsitzende der Öffentlichkeit das Erreichte vorgetragen und die Grundzüge des ■ „Vertrags für eine sichere Zukunft“ beschrieben: ■ für „freie Menschen“, ■ in einem „starken Land“.

Angela Merkel: „Dieses Land hat viele Stärken. Machen wir mehr aus unserem Land.“



Die Parteivorsitzende Angela Merkel ist am 1. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus mit Nato-Generalsekretär Lord Robertson zu einem Meinungsaustausch zusammengetroffen. Die Themen: der Einsatz der Nato in Mazedonien und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Parteivorsitzende bekräftigte die volle Unterstützung der CDU für das Engagement der Nato.

Foto: Laurence Chaperon

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

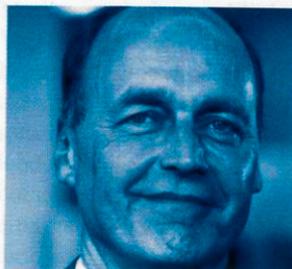
ZUM ANTRAG DES BUNDESVORSTANDS AN DEN 14. PARTEITAG

Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft

Nach einer Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand am 1. Oktober hat Generalsekretär Laurenz Meyer auf einer Pressekonferenz das Ergebnis der Beratungen über den Antrag des Bundesvorstands an den 14. Parteitag vom 2. bis 4. Dezember in Dresden bekannt gegeben:

Der Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten hat uns bewusst gemacht, dass wir uns in unserer offenen Gesellschaft vor neuen Bedrohungen schützen müssen. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. In dieser Zeit, die vielen als eine Zeitenwende erscheint, zeigt sich auch, dass die Bedeutung von Politik in der vernetzten, von wirtschaftlicher Globalisierung geprägten Welt wächst und nicht sinkt.

Deutschland steht in der Verantwortung. Politik muss handeln. Wir christlichen Demokraten sind dazu bereit. Denn Antrieb für unser politisches Handeln ist die Liebe zu unserem Land. Demokratischer Patriotismus ist Bedingung für eine Politik, die glaubwürdig



sein will in ihrem Einsatz für unser Land. Eine solche Politik aber vermissen viele Menschen bei der jetzigen Regierung.

Besonnenheit und Härte sind notwendige politische Tugenden. „Nichts wird mehr so sein, wie es einmal war“ – dieser Satz ist nur die halbe Wahrheit. Denn der Terror wird unsere freiheitlichen Ideale, unsere demokratischen Werte, unsere Kultur und unsere Lebensweise nicht erschüttern.

Nach dem 11. September ist eines noch deutlicher als zuvor: Wir müssen unsere Anstrengungen für innere und äußere Sicherheit verstärken – und wir werden sie als Gesamtaufgabe angehen, weil wir das Ziel einer sicheren Zukunft vor Augen haben. Wir müssen unseren Beitrag leisten beim Aufbau

einer Sicherheitsarchitektur für das 21. Jahrhundert.

Die CDU legt einen Antrag aus einem Guss vor, der zugleich Dokument der programmatischen Erneuerung der letzten drei Jahre ist. Er gibt Antworten auf die Anforderungen des neuen Jahrhunderts, weil er darauf angelegt ist, Sicherheit zu gewährleisten, den demographischen Wandel zu bewältigen und die Chancen der Deutschen im Zuge der Globalisierung zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund will die CDU ein neues Fundament des Vertrauens schaffen. Wir wollen einen neuen, glaubwürdigen Politikstil verwirklichen und den Kreislauf von Versprechungen, Erwartungen und Enttäuschungen durchbrechen. Wir versprechen nicht mehr, als wir halten können. Anstatt auf bloße Ankündigungen und einseitige Versprechungen setzen wir auf faire Partnerschaft.

Das Prinzip einer modernen Politik der Mitte lautet: **Zuhören, Nachdenken, Bewegen.** Ihr Ziel ist die partnerschaftliche Gesellschaft. Aus unseren Grund-

werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit leiten wir unser Leitbild einer freiheitlichen Gesellschaft ab, in der der Einzelne Verantwortung übernimmt – einer Gesellschaft, in der den Rechten des Einzelnen Pflichten gegenüber stehen.

Aus diesem Verständnis heraus reicht die CDU den Bürgern die Hand: Wir bieten einen Vertrag an für eine sichere Zukunft.

1. Äußere und Innere Sicherheit neu verknüpfen

Alle Menschen in Deutschland sollen sich sicher vor Kriminalität fühlen. Deshalb machen wir uns stark für Innere Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität in unserem Land.

Polizeiliche und militärische Zuständigkeiten müssen im Notfall koordiniert werden. Dies bezieht sich zum Beispiel auf den Einsatz der Bundeswehr zum Schutz von Objekten, die für die Sicherheit oder Funktionsfähigkeit des Staates besonders wichtig und symbolträchtig sind. Wir prüfen, ob die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür genügen. Die Nachrichtendienste, die ebenso wie

die Bundeswehr finanziell, technisch und personell angemessen auszustatten sind, müssen die Möglichkeit haben, Nachrichten mit anderen deutschen Sicherheitsbehörden auszutauschen. Die strikte Trennung der Erkenntnisse von BND und Polizei ist obsolet angesichts der vom internationalen Terrorismus aufgehobenen Trennung der inneren und äußeren Sicherheit. Maßnahmen zur Telefon- oder Videoüberwachung müssen verstärkt zur Prävention terroristischer Gewalt genutzt werden können. Durch die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung kann ebenfalls ein Beitrag zur Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus erbracht werden. Die Möglichkeiten der DNA-Analyse müssen noch stärker genutzt werden.

2. Zuwanderung steuern und begrenzen

Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich verbindliche Regeln für die Zuwanderung nach Deutschland zu bestimmen.

Es müssen wirksamere Maßnahmen gegen den Missbrauch des Asylrechts und für eine Verkürzung der

Anerkennungsverfahren ergriffen werden. Die Anerkennungsverfahren sind möglichst innerhalb eines Jahres rechtskräftig abzuschließen. Die Ausgestaltung des Asylrechts als Individualgrundrecht bleibt dabei bestehen. Zuwanderung von Fachkräften wird durch ein jährliches Zuwanderungskontingent ermöglicht. Der Integrationsprozess muss von staatlicher Seite verbindlich ausgestaltet werden. Grundsätzlich verpflichtende Integrationskurse sollen Ausländer frühzeitig ausreichende Deutschkenntnisse vermitteln und sie mit der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung vertraut machen.

3. Chancen schaffen Wirtschaftskraft

Deutschland soll auch im 21. Jahrhundert eine führende Wirtschaftsna-tion sein. Wir werden mit der neuen Sozialen Marktwirtschaft die Bedingungen dafür schaffen, dass jeder in Deutschland seine Chancen nutzen kann.

Deutschland ist im Blick auf das Wachstum Schlusslicht in Europa. Ursache für die nur mäßigen Wirtschaftsdaten sind nicht nur eine

falsch angelegte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch eine falsche Wirtschaftspolitik. Unser zentrales Anliegen ist es, die Interessen des Mittelstands wieder stärker zum Leitfadens der Wirtschaftspolitik zu machen. Das freie und dynamische Unternehmertum ist und bleibt das Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft.

Dessen Flexibilität darf nicht durch ein Übermaß an Bürokratie eingeengt werden. Wir werden die 630-DM-Jobs wieder einführen und die gesetzlichen Maßnahmen gegen die so genannte Scheinselbständigkeit abschaffen. Gleichzeitig werden wir die Bekämpfung von Missbrauch verstärken.

Um das Wirtschaftswachstum zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen, braucht Deutschland eine neue Gründerwelle. Deshalb treten wir für eine Bürokratiebefreiung in den ersten vier Jahren einer Unternehmens-Neugründung ein.

Um Anreize für Investoren zu schaffen, wollen wir eine Besteuerung von Verkäufen von Gründungsanteilen an Unternehmen in den ersten vier Jahren aussetzen.

Das Hausbankenprinzip und die Basel-II-Kriterien erschweren den Zugang zu

Kapital. Hier sollte insbesondere das Instrument der Bürgschaft durch die öffentliche Hand verstärkt eingesetzt werden.

Wir können die Soziale Marktwirtschaft mit ihren Vorteilen nur dann bei uns im Lande stärken, wenn wir uns auch den globalen Aufgaben stellen. Neben dem nationalen Ordnungsrahmen braucht es zunehmend auch eine internationale Ordnung, die Kartelle und Monopole unterbindet und den Wettbewerb schützt. Eine Reform des europäischen Kartellrechts ist dringend erforderlich. Die CDU fordert angesichts der Schwerfälligkeit und Ineffizienz des bestehenden Systems eine europäische Harmonisierung und Verbesserung des Wettbewerbsrechts.



4. Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern

Arbeit für alle ist das Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Jeder, wenn er arbeitet, muss mehr zur Verfügung haben, als wenn er nicht arbeitet. Neben den berechtigten Schutzansprüchen der Erwerbstätigen muss auch den Beschäftigungschancen der Arbeitssuchenden Rechnung getragen werden.

Die Arbeitsmarktpolitik muss konsequent darauf ausgerichtet werden, Arbeitslose fit zu machen und Brücken zu bauen für ihre Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt. Wir treten dafür ein, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem „Sozialgeld“ zusammenzuführen. Statt der bisherigen Kombination von Sozialtransfers plus Schwarzarbeit soll für die Empfänger von Sozialtransferleistungen eine Ergänzung von legaler Arbeit und Sozialtransfers gefördert werden. Wir brauchen eine tarifrechtliche Flankierung zur Erweiterung des Spielraums für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Die von der Bundesregierung durchgesetzte Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ist zurückzunehmen. Wir befürworten die Einführung eines Optionsrechts, wonach Arbeitgeber und Arbeitnehmer Abfindungsregeln im Gegenzug für einen Verzicht auf Kündigungsschutzklagen vereinbaren können. Damit würden die Einstellungschancen vor allem von älteren Langzeitarbeitslosen verbessert. Befristete Arbeitsverhältnisse sollen für neu gegründete Unternehmen auf bis zu vier Jahre ausdehnbar sein.

5. Steuern neu denken

Der Staat räumt seinen Bürgern zur Zeit zu wenig finanzielle Selbstbestimmung ein. Deshalb werden wir vor allem im Interesse der Normalverdiener ein Steuersystem mit niedrigeren Sätzen verwirklichen, das durchschaubar und fair ist.

Bei weitestgehender Abschaffung von Ausnahmetatbeständen und bei der Einführung eines einfachen Tarifs kann jeder Bürger seine Steuerschuld unmittelbar erkennen. In diesem Modell sollen Normalverdiener mit 20 Prozent, Geringverdiener mit 10 Prozent und höhere Einkommen mit 35 Prozent besteuert werden. Das Existenzminimum jedes Familienmitglieds soll von jeglicher Steuerbelastung freigestellt werden. Am Ehegatten-Splitting halten wir fest. Zudem soll für Aufwendungen zur Altersvorsorge eine nachgelagerte Besteuerung schrittweise eingeführt werden. Die Belastung von Bürgern und Unternehmen durch Steuern und Abgaben ist insgesamt auf weniger als die Hälfte ihrer Einkünfte bzw. Erträge zurückzuführen. Die ausschließlich

aus fiskalischen Gründen eingeführte „Öko“-Steuer ist gescheitert und muss abgeschafft werden.

6. Soziales sichern

Ziel unserer Politik ist es den Bürger zu stärken, ihm mehr Freiräume hinsichtlich der Einteilung seiner finanziellen Möglichkeiten zu eröffnen und damit seine persönliche Freiheit zu erweitern und zu stärken. Um unsere Sozialsysteme nachhaltig zu sichern, ist das Zutrauen in die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers eine Grundvoraussetzung. Aber erst durch eine deutliche Steuerentlastung ist eine Gewichtsverlagerung auf die private Vorsorge zumutbar. In Anbetracht der Tatsache, dass privatwirtschaftliche Angebote eine höhere Effizienz bei geringerem Bürokratieaufwand ermöglichen, wollen wir durch unsere Politik die Menschen zu mehr Eigenverantwortung auf diesem Sektor der sozialen Sicherung befähigen.

■ *Gesundheit mit Sicherheit*

Wir setzen uns für ein verlässliches Gesundheitswe-

sen ein. Wir werden eine Zwei-Klassen-Medizin verhindern und eine solidarische Krankenversicherung erhalten. Jeder soll Anteil am medizinischen Fortschritt haben können. Wir werden mit mehr Wettbewerb und mehr Transparenz die Voraussetzungen dafür schaffen.

Die Gesamtabgabenlast soll dauerhaft die 40%-Marke nicht mehr übersteigen. Nur auf diese Weise lassen sich für den Einzelnen auch Spielräume eröffnen, um ausreichende Eigenvorsorge über die solidarische Absicherung von Kernleistungen hinaus treffen zu können. Es geht nicht an, dass sich der Staat an der Krankheit seiner Bürger bereichert. Die gesetzliche Krankenversicherung soll von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden. Soweit es sich um gesamtgesellschaftliche Aufgaben handelt, auf die nicht verzichtet werden soll, müssen sie aus Steuermitteln finanziert werden. Als Wahlleistungen sollen medizinisch sinnvolle und wünschenswerte Leistungen angeboten werden, die noch nicht oder nicht mehr im Kernleistungskatalog enthalten sind. Der einzelne Versicherte hat die Mög-

lichkeit, sich für oder gegen die von seiner Kasse angebotenen Wahlleistungen zu entscheiden; er kann seine Wahl auch auf einzelne Leistungen oder Leistungspakete beschränken oder sich für das Wahlleistungsangebot eines privaten Krankenversicherungsunternehmens entscheiden.

Die dynamische Kraft, die in der freiheitlichen Ordnung steckt, muss auch im Gesundheitswesen geweckt, Kreativität und Aktivität der dort Tätigen müssen verstärkt werden. Deshalb sind die individuellen Wahlmöglichkeiten der Versicherten und die solidarischen Wettbewerbselemente auszubauen. Wettbewerb und Monopole vertragen sich nicht. Deshalb müssen in allen Versorgungsbereichen die kollektivvertraglichen Strukturen flexibler gestaltet werden.

Die Anbindung der Finanzierung unseres Krankenversicherungssystems an den Lohn führt nur noch zu einem schwachen Wachstum der Beitragseinnahmen.

Es muss daher geprüft werden, ob sonstige Einkommen zur Beitragsbemessung herangezogen werden können. Dies könnte stufenweise geschehen, wobei die Erhebung z.B. durch

Freibeträge erleichtert werden könnte. Die Reform des Gesundheitswesens darf sich nicht in einer Neuordnung des Krankenversicherungssystems erschöpfen. Dies muss Anlass sein, über die Veränderung von Zuständigkeiten nachzudenken, um die Zielgenauigkeit und Effizienz der Leistungsgewährung zu erhöhen. Die Zusammenführung von Pflegeversicherung und Krankenversicherung ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.

■ *Solidarität der Generationen*

Alle Generationen müssen die Gewissheit haben, dass ihre Altersversorgung langfristig gesichert ist. Das gilt insbesondere für die heute über 40-jährigen: Wer schon über die Hälfte seines Berufslebens in die bestehende Altersvorsorge eingezahlt hat, muss sicher sein, dass er ein solides Alterseinkommen bezieht.

Unser Ziel ist es, die effektive Lebensarbeitszeit um insgesamt drei Jahre zu verlängern, indem Ausbildungszeiten verkürzt und das tatsächliche Renteneintrittsalter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter angenähert werden. Die kapitalgedeck-

ten Elemente – betriebliche und private Vorsorge – werden einen höheren Stellenwert einnehmen. Die Förderung ist dabei auf Familien mit Kindern und Bezieher niedriger Einkommen zu konzentrieren. Die gesetzliche Rentenversicherung muss als tragende Säule der Alterssicherung erhalten bleiben. Privates Sparen ist erforderlich, um die finanziellen Belastungen aus der demographischen Entwicklung zu mindern. Auch aus Gründen der Risikominimierung ist der Ergänzung des Umlageverfahrens durch das Kapitaldeckungsverfahren in der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung anzustreben.

■ 7. Familie im Mittelpunkt

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft, dessen Stärke wir sichern müssen. Wir wollen die richtigen politischen Signale geben, damit Familien mit Kindern besser unterstützt werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt wird.

Die CDU wird die Familienförderung grundlegend neu gestalten. Kindergeld

und Erziehungsgeld werden durch ein „Familiengeld“ (600 Euro für jedes Kind unter drei Jahren; 300 Euro für jedes Kind im Alter von drei bis siebzehn Jahren; 150 Euro für über 17jährige Kinder, die sich in Ausbildung befinden) ersetzt. Das Familiengeld wird schrittweise schnellstmöglich aufgebaut. Wir wollen ein vielfältiges, bedarfsorientiertes Betreuungsangebot für Kleinkinder und Kinder verwirklichen: Krippenplätze, Tagesmütter, Kindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten, Schulen mit betreuendem Ganztagsangebot und Horte. Alle Grundschüler sollen mindestens halbtägig an ihrer Schule bleiben können – auch bei Unterrichtsausfall.

Der Weg zum Ziel in 2002

Den Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands werden wir zunächst auf insgesamt 10 Regionalkonferenzen mit der Basis der Partei diskutieren. Die Regionalkonferenzen beginnen am 17. Oktober in Kassel und enden am 24. November in Karlsruhe. Der Beschluss des Dresdner Parteitags (2.-4. Dezember) ist nicht nur programmati-

Mord und Gewalt sind mit dem Islam nicht zu rechtfertigen

Anlässlich der terroristischen Anschläge in Amerika habensich am 27. September Generalsekretär Laurenz Meyer und der hessische Ministerpräsident Roland Koch mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Dr. Na-deem Elyas, getroffen.

Die Gesprächspartner waren sich einig: Die freie westliche Welt wird mit einer bis jetzt nicht bekannten Bedrohung durch Fanatismus, Extremismus und Terrorismus konfrontiert.

Die Vertreter des Zentralrates machten deutlich, dass sich die Ermordung unschuldiger Zivilisten als

Mittel der Politik nicht mit den Lehren des Islam rechtfertigen lassen. Der Zentralrat werde sich weiterhin dafür einsetzen, dass gegen islamische Gruppierungen, die in Konflikt mit dem Grundgesetz und den deutschen Gesetzen geraten sind, juristisch vorgegangen wird, damit Muslime in Deutschland nicht in den Pauschalverdacht des islamischen Fundamentalismus geraten.

Laurenz Meyer versicherte: Für die CDU ist weiterhin die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer von zentraler Bedeutung.

sche Standortbestimmung der CDU nach drei Jahren intensiver inhaltlicher Arbeit, sondern auch Grundlage des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2002, das wir nach den Parteitagsbeschlüssen von CDU und CSU gemeinsam entwickeln werden.

Die CDU hat sich neu aufgestellt. Jetzt geht es darum, bis zum September 2002 das Vertrauen einer Mehrheit der Bundesbürger wieder zu

erlangen. Denn wir haben das Ziel, 2002 als stärkste Partei aus den Wahlen hervorzugehen. Dieses Ziel werden wir erreichen, denn das Rennen ist offen.

Was wir den Menschen – in Form unseres „Vertrags für eine sichere Zukunft“ – anbieten, ist ein umfassendes Paket neuer Ideen. Und ein klares Leitbild, das wie kein zweites in unsere Zeit passt: „Freie Menschen. Starkes Land.“

Neue **Prioritäten** der äußeren und inneren Sicherheit

„Deutschland muss in der Außen- und Sicherheitspolitik gestaltend Einfluss nehmen.“ Diese Forderung haben am 28. September die Parteivorsitzende Angela Merkel und der stellvertretende Parteivorsitzende Volker Rühle in Berlin gestellt.

Sie präsentierten die „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“, die als Diskussionspapier in den kommenden Wochen in der CDU beraten werden. Angela Merkel und Volker Rühle verwiesen übereinstimmend auf die Notwendigkeit, die euro-atlantische Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Europa müsse dabei zu einem „relevanteren Partner“ für die USA werden, so der ehemalige Verteidigungsminister. Das enthält auch die Forderung, die Bundeswehr wieder einsatz- und bündnisfähig zu machen.

Das Diskussionspapier befasst sich weiterhin mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den Gefahren eines „Cyber-War“. Diese neuen „asymmetrischen Bedrohungen“

machen, so Volker Rühle, neue Prioritäten der äußeren und inneren Sicherheit nötig.

Konkrete Vorschläge

Außerdem werden in dem Diskussionspapier konkrete Vorschläge gemacht, wie die deutsche Forderung nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat „europäisiert“ werden könnte. Damit soll die institutionelle Reform der UNO aus ihrer Sackgasse



herausgeführt werden. In einem ersten Schritt soll darauf hingewirkt werden, dass sich die Mitglieder Frankreich und Großbritannien zunehmend als Mandatäre der Europäischen Union verstehen und sich auch für Standpunkte und Interessen der Union einsetzen.

NORBERT GEIS:

Skandalöser Antrag

Zu der im Bundesrat durch das Land Berlin erhobenen Forderung, den Strafrechtsschutz gegen kriminelle und terroristische Vereinigungen abzuschwächen:

Man glaubt seinen Augen nicht zu trauen: Während der gesamten Welt nach den verheerenden Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten noch der Atem stockt, fordert das Land Berlin eine

Abschwächung der zur Bekämpfung des Terrorismus einschlägigen Straf-tatbestände.

Ganz offensichtlich haben SPD und Grüne in Berlin, allen voran die Herren Wowerit und Wieland, den Ernst der Lage nicht erkannt. Ein skandalöser Vorgang, der eindrucksvoll belegt, dass die Verantwortung für die Sicherheit Berlins derzeit in den falschen Händen liegt.

Ulf Fink: Wir brauchen einen umfassenden Neuanfang in der Gesundheitspolitik

Der Vorsitzende der CDU-Kommission „Humane Dienste-Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Ulf Fink, hat am 28. September Vorschläge für eine umfassende Reform des Gesundheitswesens vorgestellt. Die Leitlinien und Empfehlungen für die künftige Gestaltung des Gesundheitswesens tragen den Titel „Für ein patientenorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen mit leistungsfähigen Strukturen“:

Die negativen Meldungen aus dem deutschen Gesundheitswesen häufen sich. So ist beispielsweise für das laufende Jahr mit Defiziten in Milliardenhöhe und einer drastischen Beitragssatzentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu rechnen. Dies ist das Ergebnis einer auf der ganzen Linie gescheiterten Gesundheitspolitik der rot-grünen Bundesregierung. Das von SPD und Grünen selbst gesteckte Ziel der Beitragssatzstabilität wird angesichts dieses Beitragsschubs nicht einzuhalten sein. Gleichzeitig sind aber



auch die Qualität und der Umfang der medizinischen Leistungen durch die verfehlte Politik der Bundesregierung in den letzten Jahren ständig verringert worden. Die Menschen erhalten immer weniger Leistungen und müssen dafür immer mehr bezahlen. Die Akzeptanz der Bevölkerung für unser Gesundheitswesen nimmt spürbar ab. Dies kann so nicht weitergehen.

Geschlossenes Konzept vorgelegt

Was wir brauchen, ist ein umfassender Neuanfang in der Gesundheitspolitik. Die bisherige Strategie der Bundesgesundheitsministerin, die Dinge treiben zu lassen und die Beteiligten im Gesundheitswesen mit Ge-

sprächen ruhig zu stellen, nützt niemandem, sondern schadet dem ganzen Gesundheitswesen. Es besteht jetzt dringender Handlungsbedarf, sonst wachsen sich die derzeitigen Probleme zu einer Katastrophe aus. Die Alarmzeichen sind unübersehbar.

Der Bundesvorstand der CDU hatte der „Kommission Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“ im Frühjahr 1999 den Auftrag erteilt, zur Weiterentwicklung des Sozialstaates Leitlinien und Empfehlungen für die künftige Gestaltung des Gesundheitswesens zu erarbeiten. Diese Kommission, die sich aus herausragenden Sachverständigen und Politikern zusammensetzte, hat insgesamt 20 mal getagt. Mit dem Beschluss der Kommission „Für ein patientenorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen mit leistungsfähigen Strukturen“ wird als Ergebnis dieser Arbeit nunmehr ein in sich geschlossenes Konzept für eine umfassende Reform des deutschen Gesundheitswesens vorgelegt.

HANSJÜRGEN DOSS:

Worte helfen nicht gegen Schattenwirtschaft im Bausektor

Das Konzept der CDU geht von der Tatsache aus, dass kein Gesundheitssystem der Welt mit begrenzten Mitteln unbegrenzte Leistungen versprechen kann. Um den Herausforderungen, die mit dem medizinisch-technischen Fortschritt und der demographischen Entwicklung verbunden sind, begegnen zu können, brauchen wir in unserem Gesundheitswesen mehr Transparenz und Wahlfreiheiten für die Versicherten. Wir möchten, dass die Menschen über ihre Beitragshöhe und über ihren Versicherungsumfang im Rahmen bestimmter Bandbreiten selbst entscheiden können.

Wir brauchen auch mehr Wirtschaftlichkeit und Qualität. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mehr Spielräume in der Vertragsgestaltung für Krankenkassen, Krankenhäuser und Ärzte zu schaffen. Die von der Bundesregierung geschaffenen Reglementierungen müssen abgebaut werden, damit die Beteiligten im Gesundheitswesen eine freiheitliche und wettbewerbsorientierte Grundlage haben. Sie können viel besser als der Staat für eine effiziente medizinische Versorgung sorgen.

<http://www.cdu.de>
Voller Wortlaut des Beschlusses: www.cdu.de

Zu den Äußerungen von Bundesarbeitsminister Walter Riester auf dem 18. Gewerkschaftstag der IG Bauen-Agrar-Umwelt hinsichtlich der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Riester verschweigt, dass die rot-grüne Koalition die Rahmenbedingungen für den Bau in den letzten Jahren massiv verschlechtert hat. So hat Rot-Grün die Energie verteuert, die Lohnnebenkosten in die Höhe getrieben, die Eigenheimförderung verschlechtert und vor allen Dingen drastische Kürzungen bei den Investitionsausgaben im Bundeshaushalt vorgenommen.

Daher wundert es kaum, dass rund jede sechste Mark an Finanzamt und Sozialversicherung vorbei in der sogenannten Schattenwirtschaft erwirtschaftet wird. Rund 658 Milliarden Mark werden im laufenden Jahr in Deutschland mit der Schwarzarbeit umgesetzt. Das entspricht rund 16% des

deutschen Bruttoinlandsprodukts. Die Schattenwirtschaft wächst unter Rot-Grün schneller als die offiziell erfasste Wirtschaftstätigkeit in Deutschland. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Handeln dringend notwendig ist. Zunächst muss Rot-Grün die verschlechterten Rahmenbedingungen rückgängig machen.

Der zweite Schritt muss zu konkreten Maßnahmen führen. Denn die Ankündigungspolitik Riesters führt keinen Schritt weiter. Die Bauwirtschaft kann nur dann wieder Boden unter die Füße bekommen, wenn die Bundesregierung endlich eine Infrastrukturoffensive für einen beschleunigten Ausbau der Schienenwege, der Autobahnen, der Bundes- und Landesstraßen ergreift. Soweit ausreichende Finanzmittel nicht verfügbar sind, muss Rot-Grün den Mut zu Umschichtungen im Haushalt zu Gunsten von Investitionen aufbringen und die Investitionsfähigkeit von Ländern und Kommunen vor allem in den neuen Bundesländern stärken.

Aussiedler nicht schlechter stellen als Zuwanderer

Teilnehmer in Eichholz (23. bis 25. September 2001) waren 50 Multiplikatoren für Aussiedlerintegration aus ganz Deutschland. Die Leitung hatten Werner Blumenthal, Leiter des Bildungszentrums, und Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Zum Fragenkomplex „Zuwanderungsgesetz“ berichtete Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als Ergebnis der intensiven Beratungen muss festgestellt werden:

- Ein Zuwanderungsgesetz muss eine realistische Sicherung der Integra-

tionskosten enthalten. Das gilt insbesondere für die Sprachförderung. Kostenträger muss in erster Linie der Bund sein, keinesfalls Kostenverlagerung auf die Sozialhilfe.

- Aussiedler dürfen bei der Zuwanderung nicht schlechter gestellt werden als andere Zuwanderer. Nie darf vergessen werden, dass Deutschland gegenüber den Aussiedlern rechtliche und moralische Verpflichtungen hat.
- Nachdrücklich wurde betont: Eine weitere Senkung der Aufnahmequote von jährlich 100.000 Aussiedlern in Deutschland ist unverantwortlich, da die Wartezeiten unerträglich wären.

Leider knapp befristet

■ Die Bundesregierung will für die deutschen Flughäfen und Fluggesellschaften die Haftung bei der Kriegsrisiko-Drittshaftpflicht in Höhe von bis zu 20 Milliarden US-Dollar übernehmen. Sie sichert damit die Existenzgrundlage der deutschen Luftverkehrswirtschaft, die durch die Terroranschläge in den USA vor nicht kalkulierbaren ökonomischen Risiken steht. Norbert Königshofen, Berichterstatter der CDU/CSU für Luftfahrt im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags:

„Im Grundsatz eine richtige Entscheidung. Wir kritisieren allerdings, dass die Übernahmegarantie nur bis zum 25. Oktober gelten soll.“

Nur noch Nebensache

■ Die Bundesregierung hat jetzt, ohne davon groß Reklame zu machen, den Jahresbericht 2001 zum Stand der Deutschen Einheit veröffentlicht. Günter Nooke, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU und Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer: „Offenbar soll keiner merken, dass der Aufbau Ost von der Schrö-

der-Regierung nur noch als Nebensache behandelt wird.“

Maßlose Anhebung

■ Eine Anpassung des unpfändbaren Einkommens an die allgemeine Preisentwicklung war notwendig. Der von Rot-Grün eingebrachte Gesetzentwurf sieht aber eine Anhebung vor, die teilweise sogar 80 Prozent übersteigt. Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU, und Volker Kauder, Berichterstatter der Fraktion zu diesem Thema: „Den Schaden tragen die Gläubiger – Handwerker und Einzelhändler.“ **UD**

DEUTLICH ZURÜCK

gegangen ist die Kriminalität in Leipzig, seitdem in der Messestadt Videokameras zur Bekämpfung von Verbrechen eingesetzt werden. Weitere Gründe für diesen Erfolg: ■ neue Computertechnik ■ gezielte Prävention ■ besseres Verhältnis der Polizei zu den Leipziger Bürgern. Die Aufklärungsquote stieg seit Mitte der 90er Jahre von einem Drittel auf fast 50 Prozent.

DIE DNA-ANALYSE

ist nach den Worten des hessischen Justizministers für die Bekämpfung schwerer Verbrechen unentbehrlich geworden. Christean Wagner: „Ich bin deshalb entschlossen, den so genannten genetischen Fingerabdruck verstärkt zu nutzen.“ Der weiterhin aufgeklärte Doppelmord an zwei Mädchen aus Limburg zeige, dass bereits durch kleinste Spuren sichere Zuordnungen vorgenommen werden können.

ZURÜCKHALTUNG bei Lohnforderungen hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Interesse der Arbeitsplätze gefordert. Unerschwinglich sei, wenn die Gewerkschaften ein großes Stück aus dem Verteilungskuchen wollen. Um insge-

samt 37,5 % sind seit 1991 die nominalen Lohnkosten gestiegen, während sich die Arbeitsproduktivität – gemessen an der realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde – nur um 19,6 % verbessert habe und damit der durch Produktivitätswachstum umschriebene Verteilungsspielraum „mehr als ausgeschöpft“ sei.

MEHR AUFWAND

in zweistelliger Milliarden-Mark-Höhe entsteht Jahr für Jahr bei Forschung und Entwicklung durch Doppelarbeit. Über die Hälfte aller Anträge auf Prüfung von Patentanmeldungen werden zurückgewiesen, weil es sich dabei um Parallelentwicklungen handelt. Vermieden werden kann dieser kostspielige Leerlauf durch intensive Nutzung vorhandener Informationsquellen. Die wichtigsten Patentinformationen im Internet:

- www.fiz-karlsruhe.de,
- www.fiz-technik.de und
- www.depatistnet.de.

VOLL IM TREND

liegt der öffentliche Nahverkehr. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren 0,8 Prozent mehr Fahrgäste mit Omnibussen, Straßenbahnen und Zügen unterwegs als im ersten Halbjahr 2000. Im Fernverkehr mussten die

Bahnunternehmen um 3,8 Prozent sinkende Fahrgastzahlen hinnehmen. Die Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen stiegen um 2,2 Prozent auf 5,8 Milliarden Mark inklusive Mehrwertsteuer.

RAUBKOPIEN

machen ein Viertel aller Computer- und Videospiele in Deutschland aus. Der Schaden, der durch diese Software-Piraterie der Branche entsteht, beläuft sich jährlich auf 500 bis 600 Millionen Mark. Insgesamt habe das Kopieren von Medieninhalten, so der Geschäftsführer des Verbands der Unterhaltungssoftware Deutschland, Ronald Schäfer, eine Dimension erreicht, die mit dem Ausmaß von Vervielfältigungen analog oder gedruckt veröffentlichter Medien nicht mehr zu vergleichen ist.

IN BRANDENBURG

gibt es seit Anfang September das Projekt einer gemeinsamen Journalistenschule des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB) und der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB). Ab 2002 beginnt dort die Ausbildung von TV-, Radio- und Online-Journalisten. Sitz der Schule: Potsdam-Babelsberg. **UD**

FRANK STEFFEL:

Neue **Arbeitsplätze** durch zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

In Berlin gibt es eine Arbeitsmarktkrise. Das belegen die aktuellen Erwerbslosenzahlen. Danach ist die Arbeitslosigkeit Ende August gegenüber dem Vorjahr um mehr als 14.000 auf rund 275.000 Arbeitslose gestiegen. Berlin ist nun auch gegenüber Brandenburg Verlierer, weil dort die Arbeitslosigkeit – wenn auch geringfügig – abgenommen hat, in Berlin dagegen aber gewachsen ist.

Die Zahlen zeigen es ganz deutlich: Die rot-grüne Bundesregierung und der SPD-geführte Übergangssenat haben keine schlagkräftigen Konzepte gegen die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Anstatt die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen, kennt der Regierende Bürgermeister Wowereit nur das eine Ziel, nämlich 15.000 Arbeitsplätze abzubauen.

Um die Arbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen, brauchen wir eine Trendwende in der Wirtschaftspolitik. Die erreichen wir nur, wenn wir die wirt-

schaftlichen Rahmenbedingungen verbessern.

Für die Union gehören dazu:

- Fortsetzung ihrer Existenzgründungs- und Ansiedlungsoffensive,
- eine faire Lastenteilung zwischen dem Land Berlin und dem Bund,
- eine grundlegende Steuerreform in Deutschland, die auch Mittelständler und Arbeitnehmer entlastet,
- die Senkung der Gewerbesteuer bis zum 1. Januar 2002 und die Abschaffung bis zum 1. Januar 2003 und
- eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Geschäfte sollen werktags von 6 bis 22 Uhr öffnen dürfen.

Der Aufbau der Wirtschaftsregion kann nur gelingen, wenn wir auch neue Marktchancen durch neue Produkte, neue Verfahren und neue Dienstleistungen wahrnehmen. Wir wollen Berlin wieder zu einer wirtschaftlich erfolgreichen Metropole mit guter Arbeitsmarktlage machen. Wir wollen:

- Berlin zu einer internationalen Dienstleistungsmetropole weiterentwickeln,
- Berlin als eine erfolgreiche High-Tech-Region etablieren,
- die industrielle Basis von Berlin weiter stabilisieren und stärken.

Unser Wirtschafts- konzept hat vier Schwerpunkte:

- Existenzgründungs- und Ansiedlungsoffensive
- Technologieoffensive
- Dienstleistungs- und Mittelstandsoffensive, Bestandspflege
- Modernisierung und Privatisierung der Landesbetrieblagen.

Das sind auch die Union-Schwerpunkte einer arbeitsplatzschaffenden, modernen und zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik.

Berlin muss aber – trotz hoher Schulden – auch in Zukunft weiter investieren. Die Investitionsquote muss zu Lasten der konsumtiven Aufgaben hochgefahren werden. So brauchen wir möglichst rasch einen leistungsfähigen

BEI STICHWAHLEN ERFOLGREICH

Wulff zieht **positive** Bilanz

Großflughafen. Und wir müssen auch im Bildungs-, Schul- und Sportbereich sanieren und investieren.

Dies alles muss verbunden sein mit einer Politik der konsequenten Bestandspflege. Denn wie jeder gute Unternehmer muss auch Berlin sich zuerst seinen Stammkunden widmen, bevor er sich den Neukunden zuwendet.

Das Land Berlin selbst muss aber auch seinen Pflichten gegenüber den kleinen und mittleren Unternehmen in dieser Stadt nachkommen. So müssen wir die Möglichkeiten des „Auftrags-Splitting“ erweitern, um mittleren und kleineren Firmen zu ermöglichen, am Wettbewerb um Großaufträge teilnehmen zu können.

Berlin und europäische Wirtschaftspolitik

Als Drehscheibe zwischen West- und Osteuropa hat Berlin noch ein weiteres Pfund, mit dem es zukünftig verstärkt wuchern sollte. Angesichts der geographischen Nähe unserer Stadt zu den EU-Aufnahmekandidaten liegt für Berlin die wirtschaftliche Bedeutung der bevorstehenden EU-Osterweiterung auf der Hand. Die große Zahl potenzieller Kunden,

Als das „Sahnehäubchen auf dem Kommunalwahlsieg“ am 9. September hat der Landesvorsitzende Christian Wulff die Ergebnisse der Stichwahlen vom 16. September bezeichnet.

Danach ist die CDU klar stärkste Partei, hat den Vorsprung vor allen anderen Parteien ausgebaut und mit landesweit 8.349 Kreistagsmandaten und Gemeinderäten mehr Mandate errungen als SPD, Grüne und FDP zusammen (8080). CDU und FDP zusammen haben knapp 300 Kreistagsmandate und Gemeinderäte hinzugewonnen, SPD und Grüne gleichzeitig knapp 460 Sitze verloren. In vielen Städten und Kommunen gibt es neue Mehrheiten und Koalitionsoptionen für die CDU.

Von landesweit 217 Einzelentscheidungen sind 115

Mal CDU-Bewerber (82) oder von der CDU unterstützte parteilose Bewerber (33) gewählt worden. Hinzu kommen noch von der CDU-unterstützte FDP-Bewerber. „Das ist eine gute Basis für kommende Wahlen“, so Wulff. Der CDU-Politiker betonte gleichzeitig, daß Kommunalwahlen einen besonderen Charakter hätten und oft eigenen Gesetzmäßigkeiten folgten. „Aber als zusätzliche Motivation für unsere Arbeit ist das Ergebnis außerordentlich wichtig.“

Für die SPD besonders schmerzlich: In der zweitgrößten niedersächsischen Stadt, der bisherigen SPD-Hochburg Braunschweig und Heimatstadt des 1999 aus dem Amt gejagten Gerhard Glogowski, stellt die CDU jetzt mit Gert Hoffmann den Oberbürgermeister.

die Güter und Dienstleistungen nachfragen, eröffnet gute Chancen für die Unternehmen der Hauptstadtregion. Gegenwärtig orientieren sich die Berliner Unternehmen noch zu stark auf den heimischen und zu wenig auf den mittel- und osteuropäischen Markt.

Um eine Neuorientierung in der Arbeitsmarktpolitik nicht zu gefährden, ist ein politischer Richtungswechsel in Berlin erforderlich. „Eine Regierung der SPD mit PDS-Beteiligung würde Berlins Wirtschaft in den Ruin treiben“, sagte Steffel abschließend. **UID**



Maria Böhmer neue **Vorsitzende** der Frauen-Union



Fotos: Laurence Chaperon

Maria Böhmer ist neue Vorsitzende der Frauen-Union. Auf dem 24. Bundesdelegiertentag am 29. September in Berlin votierten 333 von 366 Frauen für die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Maria Böhmer löst Rita Süßmuth ab, die das Amt seit 1986 führte. Die frühere Bundestagspräsidentin wurde einstimmig zur Ehrenvorsitzenden der Frauen-Union gewählt.

Maria Böhmer rief in ihrer Rede die Frauen dazu auf, die Herausforderungen für die Frauen-Union anzunehmen. ■ Es sei nötig, vor allem jüngere Frauen für Politik zu begeistern ■ sie für die Ziele der Frauen-Union zu gewinnen. ■ Akuter Handlungsbedarf sei in der Familienpolitik und bei der Bio- und Gentechnologie gegeben, von der Frauen als Mütter besonders betroffen sind. ■ Eine weitere Herausforderung: die partnerschaftliche Gesellschaft voranzubringen. Maria Böhmer: „Dem Aufbruch der Frauen muss jetzt ein Aufbruch von Frauen und Männern folgen.“

Die Wahl des neuen Bundesvorstands

Vorsitzende: Prof. Dr. Maria Böhmer
(333 Stimmen) Rheinland-Pfalz

Stellvertr. Vorsitzende:

■ Pack, Doris (313) Saarland, ■ Möllring, Dr. Eva (274) Niedersachsen, ■ Holzapfel, Elke (271) Thüringen ■ Matthes, Gesine MdL (262) Sachsen) ■ Stober, Barbara (256) Nordrhein-Westfalen

Schriftführerin: Henkel-Wybrands, Eva-Maria (350) Sachsen-Anhalt

Schatzmeisterin: Schäfer-Wiegand, Barbara (325) Baden-Württemberg

Beisitzerinnen: ■ Pfeiffer, Susanne (288) Baden-Württemberg) ■ Bühring, Dr. Kamilla (265) Berlin ■ Locklair-Lahrman, Bettina (264) Niedersachsen

■ Birkenfeld-Pfeiffer, Prof. Dr. Daniela (247) Hessen ■ Falk, Ilse MdB (247) Nordrhein-Westfalen ■ Liebrecht, Brunhilde MdL (235) Sachsen-Anhalt ■ Rühl, Brunhilde MdL (235) Niedersachsen

■ Störr-Ritter, Dorothea MdB (233) Bad.-Württemberg) ■ Thelen, Hedi MdL (229) Rheinland-Pfalz ■ Klaß, Christa MdEP (222) Rheinland-Pfalz ■ Koop, Karen MdHH (213) Hamburg ■ Gielisch, Sylvia (203) Brandenburg ■ Petzold, Ingrid MdL (203) Sachsen ■ Lietz, Ursula MdB (195) Nordrhein-Westfalen. **Im 2. Wahlgang gewählt:** ■ Fritz, Rita (195) Nordrhein-Westfalen ■ Windler, Annedore MdBB (194) Bremen) ■ Gaschina-Hergarten, Birgit (143) Nordrh.-Westfalen ■ Sievers, Ingrid (131) Mecklenburg-Vorpommern ■ Tornau, Birgit (130) Nordrhein-Westfalen ■ Schoeller, Ina (120) Nordrhein-Westfalen





DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

HAMBURG-WAHL

Ohrfeige

Dem Wahlergebnis von Hamburg auf den Grund gehen, ist das viel undankbarere Geschäft, als die Schill-Wähler kurzerhand zu Rumpelstilzchen zu erklären, die sich vor blinder Wut selbst um Kopf und Kragen bringen. Ronald Schill hat sich in der Vergangenheit auch alle Mühe gegeben, dem Klischee des rechten Demagogen möglichst passgenau zu entsprechen. Aber die Wahrheit, die ganze Wahrheit ist diese Deutung des Wahltageergebnisses nicht. Was in Hamburg wirklich geschah, war eine sich nach strengen rechtsstaatlichen Regeln vollziehende Rebellion der Bürger gegen jene, die sich benehmen, als hätten sie ein selbstverständliches Anrecht darauf, „ihr Volk“ zu regieren und kraft höherer Weisheit zu verordnen, was richtig und was falsch ist. Der 23. September 2001 in Hamburg – das war eine Ohrfeige mit dem

Stimmzettel. Insoweit ist das ein typisch Hamburger Ergebnis – aber eines, das sich überall dort wiederholen kann, wo die Entfernung zwischen Bürgern und Politikern zu groß geworden ist. Der Tagesspiegel

Bürgerentscheid

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg lässt sich auch als Teil bürgerlich-demokratischen Selbstbehauptungswillens interpretieren. Viele ehemalige Sympathisanten von SPD und CDU haben sich am Sonntag für eine Partei entschieden, die neu und laut daherkam. Sie versteht sich als rechtsstaatliche Offensive gegen kleine und größere Alltagskriminalität, die einfache Hamburger mehr bedrückt als liberale Luxushanseaten, die ihren Schutzmann zur Not selbst bezahlen können. Der Bürgerentscheid für mehr Verbrechensbekämpfung fiel trotzig aus. Der „Jetzt-reicht'-s-uns“-Unterton verstärkte sich, weil Berliner und Hamburger Funktionseliten den aufge-

wachten Bürgern belehrend und einschüchternd einreden wollten, Schill sei ein rechtslastiger Bursche, ein Alster-Rambo, der Hamburg in die Illiberalität stürzen werde. Es ist gut, dass das demokratische Selbstbewusstsein über solch einen parteiischen Selbsterhaltungstrieb der Wegewählten und Abgestraften gesiegt hat. Die Bürger durchschauen das heuchlerische Funktionärs-Spiel, das ihnen weismachen will, dass sich zwar ein Bundesinnenminister mit SPD-Parteibuch zu „Law and Order“ bekennen darf, nicht aber ein Ronald Schill.

Rheinische Post

PUTIN-BESUCH

Neue Ära

Die große Rede des russischen Präsidenten Putin im Berliner Reichstag ist der Beginn einer neuen Ära. Im Zeichen der internationalen Bedrohung durch den Terror ist Russland so nah an die NATO und an den We-

Gründungs Jahr 1999

sten gerückt wie noch nie zuvor! Die Achse, die Putin jetzt von Moskau nach Berlin aufgezeigt hat – sie reicht bis nach Washington. Im Zweiten Weltkrieg haben sich Russland und die USA schon einmal zu einem gemeinsamen Kampf zusammengeschlossen. Im neuen Zeitalter, das in Berlin ausgerufen wurde, gehört auch Deutschland zu dieser Allianz. Für die Terroristen ist diese neue Partnerschaft zwischen Ost und West noch viel gefährlicher als Bomben und Raketen. Bild

Partner

Täglich erleben wir Revolutionen, ohne ihr Ausmaß zu begreifen. Der Iran, lange Zeit Feind Nummer eins, sucht plötzlich Amerikas Nähe. Schließlich Russland. Unter den Augen der Weltöffentlichkeit wandelt sich die Sphinx Putin zu einem Alliierten im Kampf gegen den Terror. Das Großmachtgehebe von einst scheint genauso der Vergangenheit anzugehören wie die uralte russische Strategie, einen

Keil zwischen die USA und ihre europäischen Verbündeten zu treiben. Putins Agitation gegen die Raketenabwehr vor wenigen Monaten ist nicht vergessen. Nun aber ist alles anders. Mit wehendem Rockschoß wechselt der russische Präsident ins westliche Lager, bietet den Amerikanern handfeste Hilfe an und beschwört die gemeinsamen Interessen. In Deutschland tritt er fast wie ein langjähriger Verbündeter auf, mit dem fortan auf neuer Ebene zusammengearbeitet werden soll. Fast scheint es, als ob Russland seit langem Mitglied er Nato ist. Die Welt

POLEN

Gegen Europa

Der Machtwechsel in Polen sollte ein Triumph für die Sozialdemokraten werden, jetzt erweist er sich als schwerer Sieg. Denn die Linke verfehlte die absolute Mehrheit. Sie wird nicht allein entscheiden können – weder über dringend

benötigte Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme des Landes noch über die Weichenstellungen für den EU-Beitritt. Das könnte nicht nur für Polen, sondern auch für Europa negative Folgen haben und sich als Hemmschuh für die EU-Osterweiterung erweisen. Der Blick auf das gesamte politische Spektrum im neuen polnischen Parlament offenbart, was die eigentliche Überraschung dieser Wahl ist: Mehr als ein Drittel der Wähler gaben ihre Stimme einer der vier Splitterparteien, die eine skeptische oder sogar offen feindselige Haltung gegenüber der EU einnehmen. Die aus der Solidarnosc-Bewegung hervorgegangene gemäßigste Rechte hat sich in der Amtszeit von Jerzy Buzek völlig zerrieben: Sie wird in dem neu gewählten Sejm nicht vertreten sein. Ihren Platz nimmt ein Sammelsurium von Gruppierungen ein. Ausgerechnet die radikalste von ihnen, die gefürchtete Bauerngewerkschaft „Selbstverteidigung“, wird die drittstärkste Kraft im Parlament. Handelsblatt

4. Oktober 2001

Noch **354** Tage bis zur Wahl.



Foto: Laurence Chapman

+++ Bewegten lässt sich viel – Packen wir's an

Ein Blick auf die demoskopischen Trends zwölf Monate vor der Bundestagswahl +++

Zuhören, Nachdenken, Bewegen« Das außergewöhnliche Motto, unter dem in der CDU-Bundesgeschäftsstelle die Eröffnung der »Arena 02« steht – und damit der Auftakt für den Marathon zur Bundestagswahl –, eignet sich zugleich als Fingerzeig für die Betrachtung der politischen Meinungslage.

Denn die Stimmung ist ganz anders, als es vor allem die rot-grüne Bundesregierung mit grosser Anstrengung glauben machen will.

»Zuhören« – das heisst zunächst einmal nichts anderes als herauszufinden, was die Menschen wirklich bewegt, was sie gut oder schlecht finden, wie ihre Hoffnungen und Ängste sind, wie sie Politik empfinden.

Die Demoskopie aber sieht nicht gut aus für die rot-grüne Bundesregierung. Im Gegenteil: Seit Wochen und Monaten spricht der Meinungstrend eine deutliche Sprache. Rot-Grün steht ohne Mehrheit in der Bevölkerung da.

Anfang September meldeten die grossen Meinungsforschungsinstitute für SPD und Grüne zusammen Werte um die 44, maximal bis zu 45 Prozent. Rot-Grün ist eine ungeliebte Koalition, und wenig spricht dafür, dass sich dies bis zur Bundestagswahl ändern wird. Man kann mit einigem Grund sogar die Prognose wagen, dass das anachronistische 68er Projekt »Rot-Grün« mit der Bundestagswahl sein Ende finden dürfte.

Das ist die erste Erkenntnis aus den demoskopischen Trends der letzten Wochen. Die

zweite ist nicht weniger interessant: Die Union hat sich aus dem Tief der Vergangenheit langsam, aber beharrlich wieder dicht an die SPD herangearbeitet: Bei infratest dimap lag die SPD in der Septemberumfrage bei 38, die Union bei 36. Bei Emnid war das Verhältnis Union und SPD in der Septemberumfrage 37 zu 38, bei Allensbach lagen beide grossen Parteien mit 35,7 (Union) und 35,9 (SPD) quasi Kopf an Kopf.

Wer gleichzeitig noch einkalkuliert, dass die FDP in allen Umfragen deutlich vor den Grünen liegt, erkennt, dass die Chancen für eine Mehrheit aus Union und FDP zwölf Monate vor der Wahl gegeben ist.

Damit sind wir beim »Nachdenken«. Und da kommen natürlich die Einwände, müssen auch kommen: Ist die FDP nicht ein unsicherer Kantonist? Natürlich, aber als solcher auch wieder berechenbar. Die FDP wird im Zweifelsfall mit der stärksten Formation zusammengehen, und die Union hat die Chance, die stärkste Formation zu werden.

Der zweite Einwand wiegt schwerer: Sind nicht alle längerfristigen Trends, auf die hier Bezug genommen wird, sind damit nicht auch alle Schlussfolgerungen daraus seit dem 11. September gegenstandslos? In der Tat haben die furchtbaren Terroranschläge in New York und Washington die Stimmungslage durch eine andere gewirbelt, die SPD profitiert

■ Liebe Parteifreunde

mit dieser ersten Ausgabe unseres »Kampagnen-Briefs« geben wir den Startschuss für die Bundestagswahl 2002. Knapp ein Jahr vor dieser Wahl haben wir die entscheidenden Weichen für einen Erfolg der Union gestellt.

Dazu gehört, dass das Konrad-Adenauer-Haus quer durch alle Arbeitsbereiche eine moderne und effektive Struktur erhalten hat. In der zweiten Etage unseres Hauses, die wir am 4. Oktober unter dem Titel »Arena 02« eröffnet haben, haben wir zudem wichtige Wahlkampf-Instrumente wie den Kandidatenservice und die Online-Kampagnen angesiedelt, die wir Ihnen in diesem Kampagnen-Brief vorstellen möchten.

Mit der weltweit größten Werbeagentur, McCann Erickson, konnten wir einen hervorragenden Partner gewinnen, dessen Professionalität und Erfindungsreichtum unsere Kampagne noch schlagkräftiger machen wird.

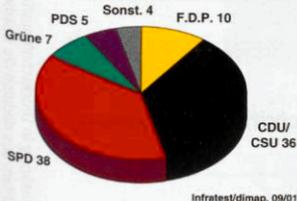
Die wichtigste Voraussetzung für einen Erfolg im nächsten Jahr ist aber, dass alle in der Partei an einem Strang ziehen. Deshalb wird das ganze Konrad-Adenauer-Haus auf die Kampagne getrimmt, deshalb setzen wir auf die konsequente Vernetzung mit Ihnen vor Ort. Das ist unsere entscheidende Stärke als CDU: Der Materialschlacht, die die SPD veranstalten wird, einen Wahlkampf von, mit und in der ganzen Partei entgegenzusetzen.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam dafür zu arbeiten, dass die CDU 2002 wieder zur stärksten politischen Kraft in diesem Land wird und die Schröder-Regierung nach 4 Jahren ausgedient hat. Lassen sie uns beginnen.

Ihr Laurence Meyer
Generalsekretär der CDU Deutschlands

davon mit einem vorübergehenden Zwischenhoch.

Aber die Stimmungslage kann und wird nicht über Monate im Ausnahmezustand verharren, darf es auch nicht, sonst hätten die Terroristen eines ihrer Ziele erreicht. So wie die politischen Auseinandersetzungen um die beste Zukunft für Deutschland weitergehen müssen und werden, so wird sich auch die politische Stimmung wieder in einen politischen Normalzustand einpegeln, der da heisst: Keine Mehrheit für Rot-Grün.



Es gibt viele Faktoren die der SPD und den Grünen noch erhebliche Probleme bereiten werden: schwache Wirtschaftsentwicklung und steigende Arbeitslosenzahlen, Koalitionskrisen über strittige Fragen der inneren und äußeren Sicherheit etc. etc..

Als Fazit von Zuhören und Nachdenken bleibt: Das Rennen für die Bundestagswahl in einem Jahr ist völlig offen. Die Union hat alle Chancen, dieses Rennen zu gewinnen.

Das immerhin ist eine Ausgangslage, die das Kämpfen lohnt. Denn zum Zuhören und zum Nachdenken muss das **„Bewegen“** kommen. Bewegungen lässt sich für die Union in den kommenden zwölf Monaten noch viel.

■ Mit dem Internet fit für den Wahlkampf

Das Internet spielt eine immer wichtigere Rolle in der politischen Kommunikation, sowohl innerhalb der Partei als auch bei den Wählern. Dass die CDU Deutschlands hier auf dem richtigen Weg ist, zeigt sich daran, dass www.cdu.de im Vergleich der Internet-Angebote der politischen Parteien auf Platz eins liegt. Deshalb wird das Internet auch im Bundestagswahlkampf 2002 eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere der Vorsprung der internen CDU-Netze soll gegenüber dem **„Red Net“** der SPD weiter ausgebaut werden.

Zentrale Rolle in der parteiinternen Wahlkampfkommunikation wird das **„KandiNet“** spielen. Das KandiNet ist eine in vielen Punkten verbesserte Neuauflage des sich bereits im 98er Wahlkampf bewährten Kandidatennetzes. Dieses Online-Plattform wurde speziell für die Bundestagskandidaten und deren Wahlkampfteams konzipiert und pro-

■ Hallo CDU

Genauso wirklich wie die Tatsachen sind die Vorstellungen von den Tatsachen. Dieses Zitat von einem griechischen Philosophen passt auch heute noch. Speziell zum Bundestagswahlkampf, der nun beginnt.

Da politische Tatsachen meist nicht direkt erfahrbar sind, sondern medial vermittelt werden, hängt es stark von der Darstellung ab, welche Vorstellungen sich bilden. Und die Partei, der es gelingt, in den Köpfen der Wähler am kompetentesten zu erscheinen, bekommt die meisten Stimmen.

Was die Darstellung angeht, ist die Werbung in den letzten Jahren zu einer wichtigen Größe in der Vermittlung von Inhalten und Images aufgestiegen. Sie kann das

grammiert und steht diesem Personenkreis exklusiv zur Verfügung. In das Konzept des KandiNets, welches im Wahlkampf ständig erweitert und optimiert wird, sind die Erfahrungen eingeflossen, die das Team **„Online Service“** der Bundesgeschäftsstelle mit Online-Kampagnen in den letzten Jahren gemacht hat. Außerdem ist die Expertise der Agentur McCann Erickson aus deren Erfahrungen in englischen und amerikanischen Wahlkämpfen berücksichtigt worden.



Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt umfasst das Angebot eine vollständige Übersicht über die Leistungen des Kandidatenservice, eine stets aktuelle Liste aller nominierten Kandidaten, wichtige Kontaktdaten, wahlkampfrelevante Links, einen Leitfaden zur Kampagnenplanung und eine **„Ideenbörse“**, in der die Kandidaten sich über ihre eigenen Wahlkampfaktionen austauschen können. Abgerundet wird das Angebot durch Ratschläge und Tipps zum Bau einer eigenen Kandidaten-Homepage. In späteren Wahlkampfphasen werden auf dieser Plattform aktuelle Informationen, Kleinwerbmittel, Argumentationshilfen und Redeabsteine bereitgestellt, mit deren Hilfe die Kandidaten für ihre politische Arbeit vor Ort gut gerüstet sein werden.

Vorschläge, Kritik und Anregungen zum KandiNet und zum Kandidatenservice richten Sie bitte an 2002@cdu.de.

■ Die Leistungen des Kandidatenservice

Der CDU-Wahlkampf vor Ort ist das Fundament für unseren Wahlsieg 2002. Deshalb spielen die Direktkandidatinnen und Di-

rektkandidaten im vor uns liegenden Bundestagswahlkampf eine besonders wichtige Rolle. Wir wollen sie bei ihrem persönlichen Wahlkampf nach besten Kräften unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit legen wir dabei auf Wahlkreise, die bei der letzten Bundestagswahl verloren gingen. Deshalb kommt dem Kandidatenservice im Bundestagswahlkampf 2002 eine besondere Bedeutung zu.

Diese Service können die gewählten Direktkandidatinnen und Direktkandidaten am Tag ihrer Nominierung in Anspruch nehmen.

Im Juli wurde bereits eine **Hotline** installiert (**030/220 70-2 33**). Bei auftretenden Fragen politischer oder organisatorischer Art können sich die Kandidaten hier Hilfestellung einholen. Am Wochenende und über Nacht ist ein Anrufbeantworter geschaltet. Natürlich ist der Kandidatenservice auch jederzeit über E-Mail erreichbar.

Gewinnen die CDU – gewinnen wir alle.
Wir freuen uns! Ihr MECH Team

Weitere wichtige Leistungen des Kandidatenservice sind u. a.:

- + Organisation von Fototerminen. Den Kandidaten wird die Möglichkeit geboten, sich professionell fotografieren zu lassen. Die Fotos dienen später als Grundlage für Plakate, Prospekte und sonstige Werbematerialien sowie für Presseanfragen.
- + Angebot für Kandidatenplakate
- + Angebot für Kandidatenprospekte. Zu beiden Angeboten gehört die ausführliche Beratung, die Gestaltung, die Produktion und die Auslieferung.
- + Des weiteren erhalten die Kandidaten Angebote für persönliche Werbemittel (z. B. Kugelschreiber oder Streichholzbriefchen mit Namensaufdruck) und für die Ausstattung der Kandidatenteams.
- + Hilfe bei der Erstellung der eigenen Kandidaten-Homepage.
- + Organisation und Durchführung von Wahlkampf-Seminaren.

SENIOREN UNION

Aufnahmeantrag zur Senioren Union

Best.-Nr.: **6293**
100 Expl.: kostenlos



Ehrenurkunde der Senioren Union ohne Jahresangabe

Best.-Nr.: **0723**
50 Expl.: 27,00 DM/
13,81

Senjoren
Union ...

*Für Ihre engagierte Arbeit in der Senioren Union
sperken wir Ihnen Dank und Anerkennung aus.
Für die Zukunft wünschen wir Ihnen gute Gesundheit,
wertschen und Schicksalstrugf und Gutes Leben.*

A. B. E. J.

Senjoren Union ...

»ALTER Ist nichts für Feiglinge«

(Christoph Schmidt, Hildesheim)

Das Alter der Senioren Union
ist ein Erfolgsfaktor.

Senjoren
Union ...

Broschüre „Alter ist nichts für Feiglinge“ Darstellung der Arbeit der Senioren Union

Best.-Nr.: **5729**
50 Expl.: 37,50 DM/
19,17



Broschüre „Kritikpunkte zum Begriff Pflegebefürftigkeit“

Best.-Nr.: **5730**
25 Expl.: 55,00 DM/
28,12

Satzung der Senioren Union

Best.-Nr.: **3512**
25 Expl.: 15,00 DM/
7,67

NACHBERUF- LICHE TÄTIGKEIT

„Alterserwerbsarbeit
und Ehrenamt“

Broschüre „Nachberufliche Tätig- keit“

Best.-Nr.: **5766**
50 Expl.: 66,00 DM/
33,75

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

UID

2600-5-42720AKV

155/ 45
G 8457

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 12 60

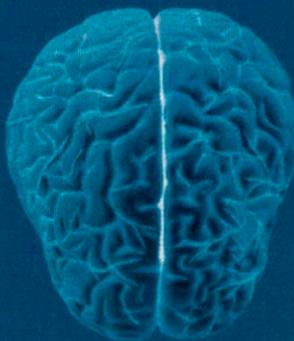
53730 Sankt Augustin

Die neue Wandzeitung

Zuhören.



Nachdenken.



Bewegen.



Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.

CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.